Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 117. | Dresden, Mittwoch den 25. Mai 1910. | 21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Ein zersetzendes Element.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie will nach seinen Satzungen „alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampf gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie" einigen.

Eine Betrachtung darüber, wie der Reichsverband diese seine „Bestimmung", wie er es nennt, in den sechs Jahren seines Bestehens verwirklicht hat, trägt in dieser ernsten Zeit ohne Zweifel zur Erheiterung bei und ist schon um deswillen nicht ohne Nutzen. Tatsächlich hat nämlich der „Reichsverband" das Kunststück fertig gebracht, sich so ziemlich mit allen bürgerlichen Parteien auf den Kriegsfuß zu stellen, und zwar im Interesse der einen freikonservativen Partei, von der das zutreffende Spottwort umgeht, daß sie zwar etliche parlamentarische Vertreter, aber keine Wähler zum Parlament aufweisen könne. Diese Partei ist im Reichstag und Abgeordnetenhaus bekanntlich das Sprachrohr der im Zentralverband deutscher Industrieller organisierten Scharfmachergilde. Als Instrument der politischen und sozialen Scharfmacher hat der Reichsverband natürlich jede selbständige Arbeiterorganisation zu bekämpfen, auch wenn diese der Sozialdemokratie feindlich gegenübersteht. Die „volle Anerkennung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage", die in das Programm des Reichsverbandes aufgenommen ist, gibt sich vor allem in der Anfeindung der christlichen Gewerkschaften zu erkennen, von denen die Korrespondenz des Reichsverbandes z. B. am 5. September 1907 schrieb: „Was diese christlichen Gewerkschaften veröffentlichen, ist **verhetzender Klassenkampf, Beschimpfung der Arbeitgeber, ein Appell an die niedrigsten Instinkte** der minderbegüterten Volksklassen." Reichsverbandsergüsse ähnlicher Art gegen die christlichen Gewerkschaften lassen sich manche anführen.

Sehen wir ferner, wie der Reichsverband seinem Programm durch jene Begeiferung der bürgerlichen Parteien gerecht werden will, die namentlich in der letzten Zeit beinahe sportmäßig in der Korrespondenz des Verbandes betrieben wird. Fangen wir bei der bürgerlichen Linken an, so kommt die linksliberale Gruppe spottschlecht weg. Einem der führenden Organe der Fortschrittlichen Volkspartei, der Frankfurter Zeitung, liest die Reichsverbandskorrespondenz in der vom 12. April datierten Nr. 13 dieses Jahrganges den Text. In einer Verteidigung der vom Reichsverbandsführer Dr. Ludwig gegen die sozialdemokratische Kommunalpolitik erhobenen Verdächtigungen wird der Frankfurter Zeitung „Lobhudelei" der Sozialdemokratie unter die Nase gerieben. „Die Parteigenossen der Frankfurter Zeitung", so heißt es ferner, „sind an den (angeblich von der Sozialdemokratie herbeigeführten) Mißständen in Mülhausen i. Els. zum Teil mitschuldig."

Sehr scharf wird die Fortschrittliche Volkspartei aus Anlaß des sozialdemokratischen Sieges bei den Landtagswahlen in Altenburg in Nr. 14 der Korrespondenz des Reichsverbands vorgenommen. Sie habe, so heißt es, nichts unternommen, was einem Kampfe gegen die Sozialdemokratie ähnlich sehe. Das Verlangen der Fortschrittlichen Volkspartei an den Reichsverband, die Organisierung des wahltechnischen Apparats in die Hand zu nehmen, habe etwas seltsam angemutet, nachdem die Fortschrittler vorher die falsche Behauptung aufgestellt hätten, mit dem Reichsverein und Reichsverband nicht zusammenarbeiten zu können, weil der Reichsverband ein willenloses Werkzeug des Bundes der Landwirte sei.

Dafür, daß die Fortschrittler sich in Altenburg derart vergriffen, wird ihnen denn auch in demselben Artikel der Reichsverbandskorrespondenz mit dem Vorwurf gedient, sie hätten bei den erwähnten Wahlen ihrem Verhalten durch ein sehr unanständiges Wahlmanöver" gegen den Reichsverein „die Krone aufgesetzt". „Unfaire Handlung", „unfeines Wahlmanöver" lauten die weiteren reichsverbändlerischen Schimpfworte gegen die Fortschrittliche Volkspartei, deren Vorgehen in dem Schluß des Artikels nachgesagt wird, er habe sich den Vorwurf der Fälschung auf sich sitzen lassen. Die Nationalliberale Partei erhält in Nr. 17 der Reichsverbandskorrespondenz, datiert vom 11. Mai 1910, eine Abrüffelung, weil sie aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagsersatzwahl in Friedberg-Büdingen in der Kandidatur des Reichsverbandsagitators Dr. Becker-Sprendlingen aus guten Gründen ein Haar gefunden hat. Nachdem die Korrespondenz eine Herrn Dr. Becker herausstreichende Darstellung der bürgerlichen Streitigkeiten gebracht hat, druckt sie befriedigt eine Einsendung aus dem Neuen Tageblatt zu Friedberg ab, in der es über die Herrn Dr. Becker nicht gerade freundliche Stellung des im Auftrage des Parteivorstandes in den Wahlkreis entsandten nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Fuhrmann heißt: „Diese Art Terrorisierung bedeutender Parteigenossen hat mich so empört, daß ich nicht unterlassen kann, dieselbe öffentlich bekanntzugeben, denn auch ich halte die Bassermannsche Politik für ein Unglück unserer Partei." Am 20. Mai 1910 machte dann die Reichsverbandskorrespondenz weiter gegen den zum nationalliberalen Reichstagskandidaten nominierten Professor van Calker Stimmung. Die Ursache dieser reichsverbändlerischen Bekämpfung der bürgerlichen Kandidatur in Friedberg-Büdingen war, daß nicht etwa der Kandidat selbst, sondern unter seinem Vorsitz ein anderer Nationalliberaler auf dem Parteitage der liberalen Landespartei für Elsaß-Lothringen gesagt hat, es komme nicht auf Verschiebungen des Besitzstandes zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, sondern auf Verringerung der Mandatsziffer der Rechtsparteien an.

Ist es so um die Behandlung der Fortschrittler und Nationalliberalen bestellt, so darf es nicht wundernehmen, daß auch die deutsche Gelehrtenwelt beim Reichsverbande spottschlecht wegkommt. Gar arg hat es Professor Schmoller mit dem Reichsverband verdorben. In dem „Eine Entgleisung Schmollers" überschriebenen Leitartikel der Nr. 12 zieht die Korrespondenz des Verbandes über den Gelehrten her, weil er in seiner zu Ostern in der Wiener Freien Presse veröffentlichten Betrachtung gesagt hat, daß dem Staate Preußen eine Verstärkung der liberalen Elemente sowie der Sozialdemokratie nottue. Diese Ausführungen müssen nach der Reichsverbandskorrespondenz „die Kritik aller vaterländisch Gesinnten geradezu herausfordern". Es wird im Hinblick auf die Anschauung Schmollers denunziatorisch beklagt, daß „weltfremde Professoren aus ungenügender Kenntnis der praktischen Verhältnisse solche Anschauungen leider von den Kathedern in die Herzen unserer akademischen Jugend verpflanzen."

Sehr schlecht ergeht es ferner einigen anderen Gelehrten in Nr. 17 der Reichskorrespondenz. Die „Kulturgesellschaft Ernst Abbe" hat sich auf Veranlassung des Prof. Dr. Staudinger um Beilegung der großen Bauarbeiteraussperrung bemüht und dabei in einem Rundschreiben das Vorgehen der Unternehmer etwas mitgenommen. Dafür gibt der Reichsverband diesen Sozialpolitikern die folgende Note: „Man sieht, die Kulturgesellschaft Ernst Abbe und Professor Staudinger stehen der Sozialdemokratie in bezug auf Verhetzung in keiner Weise nach, und deshalb sei das famose Rundschreiben hier niedriger gehängt."

Betrachten wir weiter das Verhältnis des Reichsverbandes zu den politischen Parteien, so ist zu bemerken, daß das Zentrum in den letzten Nummern der Verbandskorrespondenz keine Note von Belang erhalten hat. Vielleicht, weil der Verband mit dieser Partei schon in seinen Jugendtagen fertig geworden ist. In einem vom „Echo der Gegenwart" in Aachen Mitte Oktober 1905 veröffentlichten Schreiben, das den Geschäftsführer des Reichsverbandes, Dr. Bovenschen, zum Verfasser hat, heißt es, daß „eine energische Bekämpfung der Sozialdemokratie zugleich der beste Weg sei, um die Macht und den Einfluß des Ultramontanismus zu brechen." Spätere Angriffe, die der Reichsverbandsleiter v. Liebert gegen den Ultramontanismus richtete, rangen dem Hauptorgan des Zentrums, der Kölnischen Volkszeitung, im September 1908 den Warnungsruf ab, daß kein Katholik, der auf seine Ehre etwas hält, ferner im Reichsverbande sein könnte.

Der freikonservative Fraktionsegoismus, den der Reichsverband vertritt, hat es neuerdings aber dahin gebracht, daß der Verband sich gegen das Produkt des schwarz-blauen Wahlrechtsblocks wendet. Für die grimmige Feindschaft der Reichsverbändler gegen jegliche Erweiterung der Volksrechte ist es bezeichnend, daß diesen Scharfmachern selbst die vom Abgeordnetenhause beschlossene Karikatur auf eine Wahlreform noch zu volksfreundlich ist; und so tritt der Reichsverband denn bereits in Nr. 11 seiner Korrespondenz lebhaft für den freikonservativen Antrag auf Drittelung der Steuerstummen in den Gemeinden ein. Für eine Forderung also, der das Herrenhaus auf Wunsch des Herrn v. Bethmann-Hollweg bekanntlich im wesentlichen Rechnung getragen hat, gegen die aber konservative Blätter aus Rücksicht auf die schwarzen Verbündeten ihrer Partei immerhin noch einige Bedenken zur Schau getragen haben. „Wenn schon," so heißt es in dem Reichsverbandsartikel, „an dem Gedanken der geheimen Wahl oder an dem der Maximierung festgehalten wird, dann sollte unter allen Umständen ein Gegengewicht geschaffen werden durch die Drittelung in der Gemeinde."

Dieser reichsverbändlerische Ratschlag ist für uns von ganz hervorragendem Wert, da er der entrechteten Masse zeigt, daß die Organisation, die angeblich selbstlos im Interesse aller auf dem Boden der „bürgerlichen Ordnung" stehenden Parteien die Sozialdemokratie bekämpft, zugleich durch ihr Wirken für die weitere Verringerung der Volksrechte das preußische Staatswesen den schwersten Erschütterungen entgegentreibt. **Jede bürgerliche Partei, die trotz alledem sich noch mit dem Reichsverbande einläßt, wird zum Mitschuldigen** an einer innerpolitischen Krise von unberechenbaren Folgen.

Nun kann uns Sozialdemokraten die feindliche Stellung, die die Institution der freikonservativen Scharfmacher zu den meisten bürgerlichen Parteien einnimmt, ja ziemlich gleichgültig sein. Die gewaltigen Erfolge, die unsere Partei namentlich in der letzten Zeit nach allen Richtungen hin erzielt hat, lehren, daß weder der Reichsverband noch sonst eine bürgerliche Parteiorganisation imstande ist, den Fortschritt der Kultur zu hemmen. Unsere Aufzeichnungen sollen lediglich zeigen, wie ein zur Sammlung der staatserhaltend etikettierten Parteien gegründetes Unternehmen wider Willen vielleicht, aber mit unerbittlicher Notwendigkeit als zersetzendes Element im Bürgertum wirken muß. So sehen wir denn dem weiteren Wirken des Reichsverbandes mit gelassener Heiterkeit entgegen.

Vor der Entscheidung.

Ueber die Stellung, die die preußischen Nationalliberalen schließlich zur Wahlrechtsvorlage einnehmen werden, schreibt der Hannoversche Kurier: „Die **große Mehrheit** der nationalliberalen Fraktion wird **jedenfalls gegen die Herrenhausbeschlüsse** stimmen, auch wenn ihnen noch einige Verschönerungsflicken aufgesetzt werden. Man darf sogar an der Hoffnung festhalten, daß bei dieser hochwichtigen Entscheidung die letzte Abstimmung der Fraktion sich einmütig gestaltet."

Ob das Hannoversche Blatt seine nationalliberalen Pappenheimer richtig einschätzt, das zu behaupten wird es selbst sich nicht getrauen. Diese Herrschaften sind so sehr von den kleinlichsten parteiegoistischen und parteitaktischen Rücksichten geplagt, sie fühlen sich außerdem so unsicher und hilflos, daß sie selbst noch nicht wissen, was sie am nächsten Tage tun werden.

Nach Meldungen aus Berlin wird doch mit einer Mehrheit für die Herrenhausbeschlüsse gerechnet, indem man annimmt, daß der rechte Flügel der Nationalliberalen sich keinem Fraktionszwang unterwerfen und mit den Konservativen die Vorlage zur Annahme bringen wird. Das gäbe dann freilich nur eine so geringe Mehrheit für das Gesetz, daß der preußische Ministerpräsident sie nicht als genügend ansehen könnte, sofern er sich nicht wieder in Widerspruch zu seinen feierlichen Erklärungen setzen wollte.

•

Eine fatale Geschichte.

Der Statthalter von Elsaß-Lothringen Graf Wedel hat in den letzten Tagen mit dem Reichskanzler über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage Besprechungen gehabt. Es soll sich dabei vor allem auch um die Entscheidung darüber gedreht haben, welches Wahlrecht den Elsaß-Lothringern verliehen werden soll. „Wenn wir recht unterrichtet sind, so schreibt das Berl. Tagebl., wünscht Graf Wedel ein Wahlrecht nach süddeutschem Muster, also ein Wahlrecht, das sich dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zum mindesten sehr nähern müßte. Man begreift, daß Herr v. Bethmann-Hollweg sich solchen Wünschen gegenüber in einiger Verlegenheit befindet — er soll in dem Augenblick, wo er **dem preußischen Volk** ein freies und gerechtes Wahlrecht **verweigert**, dieses Wahlrecht den Elsaß-Lothringern gewähren! Dieser Reichskanzler, der am 28. April im Herrenhause erklärte, „nur eine Regierung, welche die Wahrung der eigenen Autorität nicht mehr achtet," könne sich „Anträgen auf demokratische Abänderung des Wahlrechtes gegenüber nachgiebig zeigen", soll nun in Elsaß-Lothringen Anhänger und Urheber einer solchen demokratischen Wahlreform sein! Herr v. Bethmann-Hollweg sieht voraus, daß das preußische Volk ihn fragen wird, warum er es für unwürdiger halte als die elsaß-lothringische Bevölkerung. Und er ist einigermaßen perplex."

Aus dieser fatalen Lage sucht die Deutsche Tageszeitung den preußischen Ministerpräsidenten zu erlösen. Wie sie dies unternimmt, das ist sehr erheiternd zu betrachten. Das Oertel-Blatt meint:

„... Ferner aber handelt es sich bei Preußen um den größten Bundesstaat, in dem bei dem mehr als demokratischen Reichstagswahlrechte und den weitgehenden Zugeständnissen, die die meisten anderen deutschen Staaten bereits an die Demokratie gemacht haben, die Erhaltung starker antidemokratischer Gewichte ganz besonders notwendig ist. **Nicht weil es politisch nicht so reif wäre**, wie die Bevölkerung mancher kleineren deutschen Staaten, **sondern weil es eine besonders hohe politische Reife besitzt**, deshalb ist das preußische Volk in seinen besten Teilen sich der Aufgabe bewußt, einen Schutzwall gegen eine zu weitgehende Demokratisierung unserer gesamten politischen Zustände bilden zu müssen; und es weiß, daß größere Staaten dem Macht- und Staatsgedanken anders gegenüberstehen müssen als kleinere."

Nun ist es klar: Weil das preußische Volk politisch be-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100525/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG